

**Universität Mannheim**

Lehrstuhl für Soziologie III

WS 99/00

**Sozialstruktur der USA**

Volker Schmidt

# Aspekte der Sozialstruktur

Hausarbeit im Grundseminar

**Florian Strasser**  
XXX

XXX  
Drittes Fachsemester

## **Inhaltsverzeichnis**

1.	<b>Einleitung</b>	3
2.	<b>Bevölkerungsstruktur und Einwanderung</b>	3
3.	<b>Erwerb und Einkommen</b>	6
4.	<b>Familie – Jugend – Alter</b>	8
5.	<b>Verbrechen und Strafe</b>	12
6.	<b>Armut und soziale Ausgrenzung</b>	13
	<b>Literaturverzeichnis</b>	15

## **1. Einleitung**

Die Vereinigten Staaten von Amerika stellen sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts als ein gesellschaftlich sehr heterogenes und pluralistisches Land dar. Es läßt sich vielfältig differenzieren, nach geographischen, ethnischen, ökonomischen und politischen Kategorien. Im zwischenstaatlichen Gefüge präsentieren sich die USA als Außenseiter, als ein von Ausnahmen gekennzeichnetes Land. Diese Andersartigkeit äußert sich darin, daß das Land einerseits eine der weltweit höchsten Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung aufweist, andererseits eine der niedrigsten Arbeitslosen- und eine der höchsten Beschäftigungsraten.

Fragt man nach den Faktoren, die das Land, trotz aller Unterschiede, zusammenhalten, so wird zunächst auf den „American Creed“ verwiesen. Der Begriff meint die Zustimmung jedes Amerikaners zu einem Wertesystem bestehend aus Freiheit, Gleichheit, Individualismus und Volksherrschaft. Trotz aller Widersprüche, die sich in der Realität ergeben, stellt dieses Wertesystem einen zentralen Integrationsfaktor dar.

Es ist wichtig festzuhalten, daß Gleichheit, wie sie Amerikaner verstehen, nicht Gleichheit der Ergebnisse, sondern Gleichheit der Chancen meint. So wird vielleicht auch ersichtlich, weshalb sich Amerikaner gegen jeglichen Staatsinterventionismus aussprechen.

Als Wert per se wird in den USA die Religiosität angesehen. Nicht verwunderlich, denn nahezu 70 % der Bevölkerung sind Mitglied einer Religionsgemeinschaft, des weiteren findet sich nur eine geringe Säkularisierung. In neuerer Zeit scheint sich genau das Gegenteil zu manifestieren: bei allen aktuellen sozialen Themen spielt die Religiosität eine starke Rolle, sei es bei Schwangerschaft, Familienwerten oder Homosexualität. Es sei an die militante Bewegung der Abtreibungsgegner erinnert, die noch bis vor kurzem Abtreibungsärzte ermordeten.

## **2. Bevölkerungsstruktur und Einwanderung**

Die USA sind seit jeher ein Einwanderungsland. Abgesehen von der indianischen Urbevölkerung sind alle US-Bürger Einwanderer oder stammen von Einwanderern ab. Da sich die Bevölkerung derart heterogen darstellt, werden verschiedene Metaphern

angeboten, so wird beispielsweise vom „Melting Pot“ gesprochen. Dennoch bleibt die Frage, inwiefern die verschiedenen Bevölkerungsgruppen überhaupt miteinander verschmolzen sind, scheint es doch vielmehr so, daß es sich weiten Teilen des gesellschaftlichen Zusammenlebens eher um ein Nebeneinander denn um ein Miteinander handelt. Denn bis heute gibt es unter Durchschnittsamerikanern keinen Konsens darüber, ob das Ziel eine pluralistische Gesellschaft sein soll oder eine einzige assimilierte. Diese Diskussion zieht sich durch die amerikanische Geschichte und hat, wie später gezeigt werden wird, auch Auswirkungen auf andere Bereiche der Sozialstruktur. In der gegenwärtigen Lage präsentiert sich die amerikanische Kultur jedenfalls nicht als eine einzige. War es bisher vor allem die Kultur der weißen Durchschnittsamerikaner, haben in letzter Zeit sowohl die afro-amerikanische als auch die hispanische Kultur eine Aufwertung erfahren. Dies repräsentiert genau die Zusammensetzung der Bevölkerung, stellen Schwarze und Latinos doch mittlerweile keine kleinen Minderheiten mehr dar. Der Anteil der nicht-hispanischen Weißen ging von 86,2 % in 1950 auf 72,9 % in 1997 zurück und wird für 2050 auf 60,1 % geschätzt.

Die Gesamtbevölkerung der USA betrug 1997 etwa 267 Millionen Einwohner, wovon etwa 25 Millionen im Ausland geboren waren, hauptsächlich in Asien und Lateinamerika. Nur ein Drittel dieser Immigranten hat die amerikanische Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung erworben. Die amerikanische Einwanderungspolitik entsprach immer einer pragmatischen und gesellschaftspolitischen Orientierung. So wurde nach Ländern quotiert, außerdem berücksichtigte man Familienzusammenführungen und berufliche Qualifikation. Hinzu kommen besondere Bestimmungen für Flüchtlinge und Asylsuchende, außerdem ein Lotterieverfahren.

Die Debatte um die Einwanderungspolitik stand in letzter Zeit erneut im Mittelpunkt. So ging es um eine Reduzierung der legalen Einwanderer von etwa 1 Million auf 300.000. Man versprach sich geringere Kosten im Bereich Schulbildung und Wohlfahrt. Da Immigranten für beide große Parteien, den Demokraten als Wähler, den Republikanern als billige Arbeitnehmer, von Nutzen sind, wurden aber weitergehende Kürzungen vermieden. Das größere Problem, wenn man es denn vom ersten trennen kann, stellen die illegalen Einwanderer dar. Ihre Zahl wird Ende der Neunziger auf über 4 Millionen geschätzt, mit jährlichem Zuwachs von 300.000 Personen. Bis heute ist es nicht gelungen, diese Zahl zu senken, sei es durch eine Umwandlung in einen legalen Status oder durch Abschiebung. Verschiedene Maßnahmen, wie verstärkte Grenzkontrollen, scheinen sich wenig ausgewirkt zu haben.

Das Kernproblem stellt ein Arbeitsaufnahmeverbot für illegale Einwanderer dar. Dieses Verbot scheiterte jedoch an verschiedenen Interessen, vor allem von Agrarindustrie und mittelständischen Unternehmen. Nicht vergessen sollte man auch die Situation der amerikanischen Justiz, deren Gefängnisse extrem überbelegt sind und eventuell verurteilte illegale Immigranten kaum fassen könnten.

Zur Integrationsproblematik an sich sei festgehalten, daß die Amerikaner hierüber eine offene Multikulturalismus-Debatte führen. Dies gipfelt in der „Political Correctness“, einer Kampagne zur Abschaffung von sprach- und verhaltensbedeutenden Diskriminierungspraktiken von Minderheiten. Im Vergleich zu den Dreißigern und Vierzigern, als sich Amerika offen und nachdrücklich als rassistisch, antikatholisch, antisemitisch, fremdenfeindlich und antiemanzipatorisch porträtierte, hat sich in den Achtzigern ein deutlicher Einstellungswandel manifestiert. Allerdings kann dies nicht die weiterhin bestehenden Rassenunterschiede und Minderheitendiskriminierungen verdecken.

Die Ambivalenz von Einstellung und Realität zeigt sich bei der Quotenfrage, also der Vorzugsbehandlung von Mitgliedern einer Minderheit gegenüber auch besser qualifizierten weißen Bewerbern bei offenen Stellen. Auf die Frage, ob Quoten zur Gleichstellung notwendig seien, sprachen sich 1991 59 % der Weißen dagegen aus, 61 % der Afro-Amerikaner hielten sie hingegen für notwendig. Diese Ablehnung resultiert jedoch nicht unbedingt aus rassistischem Ressentiment, sondern aus der Befürchtung, daß weniger gut qualifizierte Bewerber jene mit besserer Qualifikation verdrängen könnten. Dies widerspricht dem bereits erwähnten Wertesystem, verletzt es doch den amerikanischen Glauben an die Chancengleichheit und das Leistungsprinzip. So zeigt sich, daß Quotensysteme mit strikter Beachtung der Chancengleichheit von zwei Dritteln der Bevölkerung befürwortet werden.

Zur Situation der indianischen Urbevölkerung sei gesagt, daß ihre Situation als kleinste ethnische Minderheit auch die schlechteste zu sein scheint. Trotz Selbstbestimmungsrecht und Anspruch auf kulturell-religiöse Eigenständigkeit, leiden vor allem die Indianer, die in eigenen Reservaten (400.000 von 2 Millionen), unter der höchsten Armutsrate, Arbeitslosigkeit und Krankheiten. Die Situation in den Reservaten ist mit denen der großstädtischen Ghettos von New York, Washington oder Los Angeles zu vergleichen. Drogen, Alkohol, Kriminalität und Jugendschwangerschaften stellen die größten Probleme dar.

### 3. Erwerb und Einkommen – Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Ungleichheit

Der Zustand der amerikanischen Wirtschaft in den Neunzigern galt als der beste in den letzten drei Jahrzehnten. Die Arbeitslosenrate lag 1992 bei 7,5 %, Ende 1996 betrug sie nur noch 5,3 %. Es wurden seit 1973 zwar 43 Millionen Arbeitsplätze vernichtet, im Gegenzug entstanden aber 70 Millionen neue. Dieses Beschäftigungswunder trat vor allem in „neuen“ Dienstleistungsunternehmen auf. Scheinbar haben die USA den Strukturwandel erfolgreich abgeschlossen, handelt es sich bei den meisten neuen Jobs eben nicht um Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich (McJobs). Zwar ist deren Zahl auch gestiegen, jedoch schwächer als die der hochbezahlten Stellen. Der Strukturwandel begann in den Siebzigern, mittlerweile umfaßt der Dienstleistungssektor 80 % der Beschäftigung außerhalb des Agrarsektors.

Die Erwerbsstruktur hat sich auch mit Blick auf demographische Faktoren geändert. Vor allem Frauen sind demnach durch eine gestiegene Erwerbsquote repräsentiert. Dies liegt vor allem an niedrigeren Geburts- und Heiratsraten, höheren Scheidungsraten und einer gestiegenen Bildungsqualifikation. Wichtig zu erwähnen ist aber auch das veränderte Rollenverständnis von Frauen. Mit Beginn der Siebziger sahen sich Frauen vermehrt durch ihre Rolle als „Hausfrau und Mutter“ nicht mehr erfüllt.

Hinsichtlich der afro-amerikanischen Bevölkerung ist festzuhalten, daß schwarze Frauen eine ähnliche Erwerbsquote aufweisen wie weiße Frauen, schwarze Männer jedoch einen um 7 % höheren Anteil an Arbeitslosen stellen als weiße Männer. Weiterhin besteht bei allen ein deutlicher Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Erwerbsquote. Als ein weiterer Faktor für den Beschäftigungsanstieg gilt die Zunahme der Teilzeitarbeit, insbesondere bei Jugendlichen zwischen 16 und 19 Jahren.

Die amerikanische Wirtschaft ist auch heute noch im Vergleich zu anderen Ländern stärker marktorientiert und weniger auf sozialstaatliche Regulierungen ausgerichtet. So finden sich unter anderem ein geringer Kündigungsschutz, geringer Urlaub, geringes Arbeitslosengeld und keine gesetzliche Krankenversicherung als soziale Randbedingungen der Wirtschaft. Es kann von einer „laissez-faire“-Politik gesprochen werden, einer reinen freien Marktwirtschaft ohne große staatliche Regulierung. Vergleicht man die Arbeit eines amerikanischen mit dem eines deutschen Arbeiters, so läßt sich feststellen, daß der amerikanische 300 Stunden im Jahr länger arbeitet und gleichzeitig nur 23 Tage bezahlten Urlaub in Anspruch nehmen kann. Des weiteren erhält er weder Kinder- noch Erziehungsgeld. Soziale Absicherung findet entweder innerbetrieblich oder privat statt.

Bei der Debatte um die internationale Wettbewerbsfähigkeit spielen die Arbeitskosten eine große Rolle. Die Kosten je Stunde lagen 1995 in den USA bei 25,18 DM gegenüber 42,52 DM in Deutschland. Dies liegt vor allem an den Zusatzkosten, die in den USA nur 7,42 DM betragen, in Deutschland jedoch 20,44 DM.

Die amerikanische „Wirtschaftsphilosophie“ der Politik lehnt sich an den „American Creed“ an, denn obwohl die Gefahr erkannt wird, daß viele sich dem fortschreitenden Strukturwandel nicht anpassen können, soll doch nur wieder die Chancengleichheit restauriert werden, und keine Abhängigkeiten geschaffen. Dies zeigt sich beispielsweise in der Abwesenheit von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Daß die Regierung den Markt nicht ersetzen kann und will, ist sie um so mehr darauf bedacht, daß freie Spiel der Kräfte zu gewährleisten. Dies zeigt sich gegenwärtig im Monopolverfahren gegen Microsoft, das eine derart marktbeherrschende Stellung eingenommen hat, daß der Wettbewerb darunter leidet.

Die wirtschaftliche Nachkriegsexpansion hatte die Einkommensungleichheit erheblich reduziert und vor allem die Arbeiterklasse an den Lebensstandard der Mittelschicht herangeführt. Durch die Rezessionen der Siebziger ändert sich dies schlagartig. Die Einkommenskluft erhöhte sich wieder, das Einkommen der reichsten 20 % der US-Bürger erhöhte sich, wohingegen das Einkommen der ärmsten sank. Erst seit 1992 wächst das Haushaltseinkommen der ärmsten 20 % der Bevölkerung ebenso stark wie das der reichsten. Unterschiedlich sind die Aussagen über Ausmaß, Ursachen und Folgen der am Einkommen festzustellenden sozialen Ungleichheit. Genannt werden Familienstruktur, das Bildungs- und Ausbildungsniveau, Veränderungen im Vermögenseinkommen, Alter und Geschlecht.

Besonders festzuhalten ist, daß sich die Einkommenskluft zwischen Weißen, Schwarzen und Hispanics seit 1967 überhaupt nicht verringert hat. Während 1995 Weiße durchschnittlich über 35.000 \$ verdienten, waren es bei Hispanics und Schwarzen nur knapp 22.000 \$. Als reichste ethnische Bevölkerungsgruppe treten Asiaten mit 40.000 \$ hervor.

Auch in der Vermögensverteilung zeigt sich die soziale Ungleichheit. Die reichsten 20 % der Bevölkerung hielten 1993 etwa 44 % des gesamten amerikanischen Haushaltseinkommens, während die ärmsten 20 % nur 7 % besaß. Entsprechend verhielt es sich mit Aktienkapital (44 % zu 4 %) und Hausbesitz (86 % zu 42 %). Weiße Haushalte

haben ein zehnmal größeres Vermögen als schwarze und hispanische. Auf die Gesamtbevölkerung projiziert, liegt das durchschnittliche Haushaltseinkommen 1993 bei etwa 37.000 \$, die reichsten 20 % verdienten knapp 119.000 \$, die ärmsten 20 % im Schnitt nur knapp 4.200 \$.

Ob man wirklich von einer Trendwende sprechen kann, ist jedoch fraglich. Zwar ist der Armutsanteil in der Bevölkerung gesunken, jedoch geht von der amerikanischen Mittelschicht eine gesellschaftspolitische Unruhe aus. Diese sieht sich einem Schrumpfen der Einkommen zugunsten der Arbeiterklasse begegnet. Schon in den Achtzigern wurde ein Verschwinden der Mittelklasse zugunsten eines neuen „Dienstleistungsproletariats“ prognostiziert. Ferner bleibt ungeklärt, ob und in welchem Ausmaß Veränderungen in der Einkommensverteilung Auswirkungen auf die Chancen zur Teilhabe am materiellen Wohlstand haben, da Geldeinkommen nur eine von vielen Dimensionen wirtschaftlicher Ungleichheit darstellt.

Obwohl materielle Bedürfnisse und soziales Wohlbefinden auch davon abhängen, daß Ungleichheiten beseitigt werden, legen Amerikaner immer noch mehr Wert auf die persönliche Freiheit, ohne Behinderungen zu leben und sich zu entfalten und nicht auf staatliche Eingriffe zur Nivellierung der Einkommen, wie Umfragen 1980 und 1990 ergaben. Die meisten Amerikaner sind zufrieden mit den Verteilungswirkungen privater Märkte und vertrauen auf ihr eigenes Geschick. Als Ursache für Einkommensunterschiede werden demnach auch nicht ethnisch-rassische Unterschiede gesehen, sondern die Qualität der Ausbildung und die Fähigkeit zu sozialer Mobilität.

#### **4. Familie – Jugend - Alter**

Um das normative Leitbild von Familie, die Ursachen des Wandels der Familienstruktur und die sich daraus ergebenden sozialen Probleme gibt es heftige ideologische und politische Debatten. Die Diskussion wird geführt um Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile sowie um die Wertorientierung. Auch um die gestiegene Unabhängigkeit und Autonomie für Frauen und die damit verbundene Infragestellung traditioneller Rollen und Verhaltensmuster wird immer noch gestritten. Noch 1950 bestanden etwa 70 % der amerikanischen Haushalte aus einem männlichen Verdiener, einer Hausfrau und zwei oder mehr zu Hause wohnenden Kindern unter 18 Jahren. 1994 traf dieser Familientyp nur noch auf 8 % der Haushalte zu. Der typische amerikanische Haushalt wurde also zur



Illusion und durch eine Vielzahl anderer Typen ersetzt. 1970 waren noch 40 % der Haushalte verheiratete Ehepaare mit Kindern, 1995 waren es nur noch 25 %. Auch die durchschnittliche Haushaltsgröße sank von 3,14 Personen auf 2,65. Single-Haushalte nahmen 1995 einen Stellenwert von 25 % ein gegenüber 16 % in 1970. Der Anteil von Haushalten mit alleinerziehenden Frauen stieg von 8,7 % in 1970 auf 12,4 % in 1995. Insbesondere dieser Familientyp sieht sich mit Armut konfrontiert und von Sozialhilfe abhängig. In schwarzen Familien tritt dieser Typ zu 60 % auf, in hispanischen zu 35 % und in weißen zu 25 %. Als Grund für das vermehrte Auftreten von Haushalten mit nur einem Erwachsenen und Kindern wird unter anderem in der hohen Scheidungsrate gesehen. Die Heiratsrate lag 1993 bei 9 auf 1.000 Einwohner, die Scheidungsrate bei 4,6. Eine Tatsache die der Metapher des „Melting Pot“ widerspricht, ist, daß es noch 1994 nur 1,3 Millionen „gemischte Ehepaare“ gab, sogar nur 296.000 zwischen Schwarzen und Weißen

Die Gruppe der Jugendliche weist die höchste Scheidungsrate auf, und zwar bei Männern zwischen 20 und 24 und bei Frauen zwischen 15 und 19 Jahren. Dies, und die Schwangerschaft bei jungen Mädchen wird als großes Problem in der Öffentlichkeit diskutiert. Die meisten Geburten erfolgen ungewollt und treffen unverheiratete Mädchen. Die Geburtenrate lag 1994 insgesamt höher als noch in den Siebzigern und auch die Unterschiede zwischen den Rassen und Ethnien bleiben bestehen. Bei schwarzen und hispanischen Jugendlichen ist sie mehr als doppelt so hoch wie bei weißen.

Bei Abtreibungen läßt sich eine Stabilisierung vermerken. Die Abtreibungsrate hat sich bei 26 auf 1.000 Frauen eingependelt, wobei 20 % davon auf Teenager entfielen. Vergleicht man diese Daten mit europäischen, so läßt sich kein gänzlich anderer Zustand in den USA erkennen. Wie auch in Europa zeigt sich eine Widersprüchlichkeit zwischen den liberalen Einstellungen bezüglich familienrelevanter Werte und dem tatsächlichen Verhalten. Bei einer Umfrage 1991 äußerten 93 % der Amerikaner ihre Zustimmung zu der Frage, ob die Familie der wichtigste Wert sei. Gleichzeitig wurde aber die Angst über den zunehmenden Verfall traditioneller Familienstrukturen deutlich. Die Regierung reagierte nicht anders als bisher, denn in Ermangelung eines Bundesfamilienministeriums bleibt die amerikanische Familienpolitik auf Unterstützung von Müttern und Kindern beschränkt.

Seit den Zwanzigern gibt es in den Bundesstaaten der USA Programme zur Unterstützung von bedürftigen Müttern und Kindern. Eine öffentliche Familienfürsorge wurde von der amerikanischen Frauenbewegung initiiert. Es gelang zahlreichen lokalen Frauenvereinigungen sich national zu organisieren und ihre Forderungen erfolgreich

durchzusetzen. Dies ging einher mit der Einführung des Frauenwahlrechts 1920. Einen zweiten großen Erfolg erlangte die Frauenbewegung mit der Einrichtung einer Behörde für Kinderfürsorge beim Bund. Das 1921 verabschiedete Gesetz zur Maternitäts- und Säuglingsfürsorge war Amerikas erstes explizites bundesstaatliche Sozialhilfegesetz. Die heute vorhandenen Familienfürsorgeleistungen haben sich kaum geändert. Grundsätzlich bleiben diese Sache der Bundesstaaten. Sie sind nicht universell ausgerichtet, sondern auf bestimmte Problemlagen fixiert. Im wesentlichen soll benachteiligten Kindern und Müttern eine solide Entwicklung, Erziehung und Ausbildung gesichert werden, um ihre Chancen in der Berufs- und Arbeitswelt zu garantieren. Aus der Vielzahl an Programmen sei vor allem das „Head Start“ erwähnt. Seit 1965 dient es der vorschulischen Erziehung von Kindern aus einkommensschwachen Familien. Gleichzeitig bietet es gesundheitliche Betreuung und weitere unterstützende Sozialdienste. Es gibt landesweit über 16.600 „Head Start“-Zentren, die von Gemeinden, Schulen und gemeinnützigen privaten Organisationen getragen werden. Obwohl die Mittel für dieses Programm erst 1997 erhöht wurden, um 50.000 Kinder mehr aufzunehmen, erreicht das Programm nur knapp 40 % der Berechtigten. Allgemein ist die Wahrscheinlichkeit, daß Kinder mit einkommensschwachen und wenig gebildeten Eltern, in den Genuß von Vorschulprogrammen geraten, gering. In diesem Fall spielen aber rassistisch-ethnische Unterschiede keine Rolle.

Insgesamt gibt es 131 verschiedene Bundesprogramme, die sich der Unterstützung jugendlicher Problem- und Risikogruppen, etwa Bandenmitgliedern, widmen. Die Gesamtausgaben wurden für 1996 auf über 4 Milliarden \$ geschätzt.

Was die Lebensgestaltung betrifft, so sehen sich viele Minderheiten einer Diskriminierung ausgesetzt. So gehören Homosexuelle und Frauen zu ungerecht behandelten Gruppen. Für beide gibt es heute auf lokaler und nationaler Ebene ein professionell organisiertes Netzwerk zur Interessenvertretung. Auf nationaler Ebene blieb der Erfolg für Homosexuelle, trotz der Arbeit verschiedener Organisationen wie der „Human Rights Campaign“ aus. Es gibt kein Bundesgesetz, welches Diskriminierung aufgrund der sexuellen Präferenzen verbietet. Zwar gibt es seit 1964 ein zentrales Bürgerrechtsgesetz, welches Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Religion und Geschlecht und inzwischen auch Alter und Behinderung verbietet, die Aufnahme der Homosexualität ist bisher jedoch gescheitert. Dies mag vor allem an der, wie bereits erwähnten, hohen Religiosität liegen und an der Nichtvereinbarkeit der Homosexualität mit dem amerikanischen Wertesystem. Immerhin gibt es einzelne Bundesstaaten und auch lokal, vor allem in Großstädten, entsprechenden Regelungen. Beim Militär hingegen wurde 1993 das

bestehende Verbot zur Aufnahme von Schwulen und Lesben gelockert. Solange sich kein Homosexueller zu seiner Neigung bekennt, stellt er kein Problem dar.

Ein weiteres Problem stellten die „Sodomy Laws“ dar, die gleichgeschlechtliche Beziehungen unter Strafe stellten. In immerhin 30 Staaten wurden diese bis 1997 abgeschafft. Weiterhin streben die Homosexuellenorganisationen nach einer rechtlichen Gleichstellung und Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen. Dies ist aber keinem einzigen Bundesstaat durchgesetzt worden, im Gegenteil bis 1997 hatten bereits 25 Staaten diese Eheform verboten. Auch was andere gesellschaftliche Bereiche betrifft, bleiben Homosexuelle benachteiligt. Als Gruppe stellen sie sich sehr heterogen dar, sie wohnen vor allem in urbanisierten Staaten. Ihre Einstellungen werden als liberal beschrieben, politisch tendieren sie zu den Demokraten.

Die amerikanische Frauenbewegung hat ihre Ziele weitgehend erreicht. Die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ist weitgehend gesichert, vor allem durch die bereits erwähnten Quotenprogramme. In Sachen Ausbildung gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Auch bei der politischen Partizipation gibt es allenfalls schwache Unterschiede. Als Aktivitätsbereiche bleiben die Abtreibungsfrage und die Weiterentwicklung der Kinder- und Familienfürsorge.

Wie in anderen europäischen Staaten auch, wird die amerikanische Gesellschaft immer älter. Waren 1900 noch 4,1 % der Bevölkerung über 65 Jahre alt, lag die Zahl 1995 schon bei 12,8 %. In der Unterscheidung nach Rassen und Ethnien zeigen sich große Unterschiede in der Entwicklung. So wird für das Jahr 2050 der Anteil älterer Hispanics auf 17,5 % geschätzt, verglichen mit 4,5 % in 1995. Das Altern insgesamt ist durch die sinkende Fruchtbarkeitsrate zu erklären. Auch steigt die allgemeine Lebenserwartung seit 1935, mit Einführung der Rentenversicherung, an. Ältere Amerikaner leben mehrheitlich nicht in Alten- oder Pflegeheimen und erhalten zu zwei Dritteln wöchentlich Besuch ihrer Angehörigen. 12 % der Älteren arbeiteten 1995 noch. Die Einkommenssituation ist relativ günstig, das Ausmaß der Armut relativ gering. Unter den armen Älteren waren 1995 9 % Weiße, 25 % Afro-Amerikaner und 24 % Latinos. Auch waren eher Frauen als Männer und Alleinstehende arm. So waren 49 % aller alleinlebenden schwarzen Frauen über 65 Jahren arm.

## 5. Verbrechen und Strafe

Seit jeher sind die USA ein Land mit einem großen Kriminalitätsproblem. 1995 gab es insgesamt knapp 40 Millionen Verbrechen, von denen 74 % Eigentumsdelikte und 25 % Gewaltverbrechen waren. Diese Gewaltkriminalität stößt in Öffentlichkeit und Politik stets auf großes Interesse. In den ausgehenden Neunzigern hat sich ein Rückgang bemerkbar gemacht. Vor allem schwere Körperverletzung und Vergewaltigungen gingen von 1994 auf 1995 zurück. Einige beunruhigende Aspekte bleiben jedoch weiterhin bestehen. Dies betrifft vor allem die Jugendkriminalität. Denn obwohl die Anzahl der Morde insgesamt zurückging, ist die bei Teenagern zwischen 15 und 24 seit 1991 um jährlich 5 % gestiegen. Mord ist bei ihnen zur zweithäufigsten Todesursache überhaupt geworden. Neben dem Alter spielen Rasse, Geschlecht, Einkommen und Wohnort entscheidende Faktoren. Schwarze männliche Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten in städtischen Verdichtungsgebieten sind am häufigsten Opfer von Gewaltverbrechen. Zurückzuführen läßt sich dies vor allem auf das gestiegene Bandenwesen. Im Gedächtnis haften bleiben Straßenkämpfe einzelner Gangs in den Ghettos von Los Angeles.

Weitere Probleme, in Bezug auf Jugendliche, sind die Selbstmordrate, die sich seit Mitte der Fünfziger verdreifacht hat und der Drogenkonsum. Dieser wird für 1997 auf knapp 23 Millionen Konsumenten geschätzt. Insbesondere bei Schülern hat der Drogenkonsum zugenommen. In den Neunzigern gab es jährlich schätzungsweise 20.000 Drogentote. Der gestiegene Drogenkonsum spiegelt sich auf in Hinblick auf die Gefängnisstatistik wider. So befanden sich 1997 rund 60 % der Insassen in Bundesgefängnissen aufgrund von Drogenkriminalität dort.

Die Bekämpfung der Kriminalität war einer der innenpolitischen Schwerpunkte der Clinton-Administration. Dies vor allem aufgrund der subjektiven Einschätzung der Amerikaner, die stets der Ansicht waren, daß die Kriminalitätsrate steige, vermutlich aufgrund sentimentaler Gefühle, welche die Vergangenheit verklärten. Allerdings wurde Kriminalität nie als dringendstes Problem angesehen. Ab 1993 änderte sich dies jedoch. Es wurde mehr Geld für die Kriminalitätsbekämpfung gefordert. Damit verbunden war eine derart noch nie dagewesene Zustimmung zur Todesstrafe, die 1994 von 80 % der US-Bürger befürwortet wurde. Das Reformgesetz zur Gewaltkriminalität entsprach demnach auch der Mehrheitsmeinung. Es enthielt unter anderem die Einstellung von 100.000 neuen Polizisten sowie schärfere Waffenverkaufskontrollen. Ausgedehnt wurde auch die

Todesstrafe auf mittlerweile 60 Delikte. 1995 wurde mit 56 ausgeführten Todesstrafen ein trauriger Rekord erreicht.

Kritisiert wird am Reformgesetz vor allem, daß keine Gelder für Prävention und Erziehung ausgegeben werden, sondern auf Verbots- und Sanktionsmaßnahmen. So werden die Gelder zur Drogenbekämpfung zu zwei Dritteln dafür verwandt, die Einfuhr derselben zu stoppen. Beklagt wird auch die Bedrohung von Freiheits- und Persönlichkeitsrechten, etwa weil der Wohnort entlassener Sexualstraftäter publik gemacht wird.

Zwei Erklärungsansätze, die auf Europäer befremdlich wirken, sind zum einen, daß die hohe Kriminalitätsrate auf den gesellschaftlich anerkannten Druck, erfolgreich zu sein, zurückgeführt wird, indem sich Kriminelle als Innovatoren (nach Weber) bewegen müssen, um soziale Anerkennung und Geld zu erhalten. Zum anderen wird die besondere Rechtskultur betont, die den Schutz individueller Freiheiten betont und Polizei und Strafverfolgungsbehörden Schranken des Handelns auferlegt.

## **6. Armut und soziale Ausgrenzung**

Erst seit 1959 gibt es eine offizielle Armutsstatistik und eine amtlich festgelegte Armutsgrenze. 1950 lag die Armutsrate noch bei 30 % der Bevölkerung. 1966 hatte sich diese halbiert und erreichte nach einigen Schwankungen 1995 den Tiefstand von 13,8 %. Als Arm galt 1996, wenn eine vierköpfige Familie jährlich weniger als 16.029 \$ Haushaltseinkommen besaß. Trotz aller Schwankungen ist ein fortwährendes Armutspotential zu erkennen, auf das sich der Fokus bundesstaatlicher Programme richtet.

Die Armutsstatistik offenbart, daß 1994 Jugendliche unter 18 Jahren mit einem Anteil von knapp 21 % die ärmste Altersgruppe stellen, wohingegen die Altersarmut kontinuierlich abgenommen hat. Zwischen Weißen, Afro-Amerikanern und Hispanics blieben die Unterschiede bestehen. Von allen Schwarzen und Latinos waren 1995 jeweils etwa 30 % arm, in absoluten Zahlen, also auf die Gesamtbevölkerung bezogen, stellen Weiße mit 67 % den höchsten Anteil.

Schaut man sich die geographische Verteilung der armen Bevölkerung an, so findet man Armutsgebiete zu zwei Dritteln in städtischen Verdichtungsgebieten. In diesen liegt auch die Arbeitslosenrate zweimal so hoch wie in nicht-armen Gebieten. Die Hälfte der

Bewohner von Armutsgebieten findet sich im Süden der USA. Hier leben 48% der armen Bevölkerung, der Gesamtbevölkerungsanteil liegt bei nur 34 %. Vor allem schwarze und hispanische Kinder und Jugendliche sind von Armut betroffen, und dies vor allem dann, wenn Sie in Haushalten mit (alleinerziehendem) weiblichem Vorstand leben. Als Voraussetzung gegen Armut scheint sich Heirat zu entwickeln, betrug 1995 die Armutsrate bei Ehepaaren doch nur 5,6 % gegenüber 14 % bei allein männlich und 32,4 % bei allein weiblich geführten Haushalten.

Betrachtet man nicht nur das verfügbare Haushaltseinkommen, relativiert sich das Bild ein wenig. Die Haushaltsaustattung ist auch bei Armen mit Herd, Kühlschrank und Fernseher gewährleistet. Alle weitergehenden Haushaltsgegenstände bleiben ihnen jedoch verwehrt. Auch aus subjektiver Sicht finden sich Unterschiede zwischen arm und nicht-arm. So betreffen Arme mehr Wohnprobleme, sie fühlen sich unsicherer in ihrer Nachbarschaft und äußern häufiger den Wunsch umzuziehen.

## **Literaturverzeichnis**

Willi Paul Adams / Peter Lösche (Hg) 1998: *Länderbericht USA*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 3. Auflage, Bonn, Seite 621 - 680